

REAKTIONEN

Chance. Insgesamt 28 ausgesprochenen Empfehlungen des Rechnungshofes unterstreichen den Handlungsbedarf, sagte FPÖ-Klubobmann Daniel Allgäuer. Die Anregungen müssten auch als Chance gesehen werden, den in Zeiten zunehmender Globalisierung wichtigen Bereich einer regionalen Landwirtschaft nachhaltig und transparent zu gestalten.

Bestätigung. In Sachen fehlender Transparenz und Ineffizienz bei der Vergabe von Fördermitteln sieht sich SPÖ-Agrarsprecher Reinhold Einwallner bestätigt. „Der Bericht zeigt schwere Mängel auf. Er ist ein Armutszeugnis für die Aufgabenwahrung des Landes im Landwirtschaftsbereich“, sagte er.

Mängel. Die Mängel bei der Landwirtschaftsverwaltung sind für die Grünen inakzeptabel. „Es muss sichergestellt sein, dass die öffentlichen Gelder so eingesetzt werden, dass die Ziele der Ökoland-Strategie erreicht werden“, sagte Landwirtschaftssprecher Daniel Zadra. Die Abrechnung von Steuergeldern müsse nachvollziehbar sein.

Lange Liste. „Die Liste der Kritikpunkte und daraus resultierender Empfehlungen ist derart lange, wie ich es selten bei einem Rechnungshofbericht erlebt habe“, sagte Martina Pointner, Landwirtschaftssprecherin der Neos. Eine umfassende Aufarbeitung all der festgestellten Mängel sei ein Gebot der Stunde. Schließlich gehe es nicht um Kleinigkeiten, sondern um schwere Mängel und Verfehlungen.

Ein bisschen Kraut

Nach Prüfung bei Landwirtschaftskammer fordert Rechnungshofdirektorin mehr Transparenz und eine stärkere Bündelung der Aufgaben.

Von Sonja Schlingensiepen

Keine Geschenke hatte Rechnungshofdirektorin Brigitte Egger-Bargehr am Donnerstag bei der Präsentation des Prüfberichts zur Landwirtschaftskammer zu verteilen. Im Gegenteil. Die zahlreichen Kritikpunkte wurden auch nicht in hübsche Worte verpackt, sondern sachlich dargestellt und mit Zahlen belegt.

Über 34 Millionen fließen jährlich vom Land Richtung Kammer. Zusammen mit den Mitteln von Bund und EU beläuft sich die Summe auf insgesamt 75 Millionen Euro. Eine stolze Summe – nicht zuletzt deshalb, weil diese Mittel im Vergleich zu anderen Bundesländern wesentlich höher sind. „Rein rechnerisch entfallen 9000 Euro auf jeden Vorarlberger Betrieb. In Salzburg, jenes Bundesland, das am zweitmeisten ausgibt, sind es gerade einmal 4400 Euro“, rechnete Egger-Bargehr vor.

Drei Fragen im Fokus. Zusammen mit den Mitgliedern ihres Teams war Egger-Bargehr den Fragen nachgegangen, welche Ziele das Land verfolgt, wie die Leistungsbeziehung zwischen Land und Kammer aussieht und wie zweckmäßig die Aufgabenverteilung ist.

Was die Zielsetzung angeht, gab es für jene in der Ökoland-Strategie 2020 des Landes fixierten Vorgaben durchaus lobende Worte: „Die Diversifizierung der Landwirtschaft

Die Abhängigkeit von der Vieh- und Milchwirtschaft zu verringern, sei sinnvoll, befand die Rechnungshofdirektorin. SAMS



„Die Eigenkapitalquote hat sich moderat entwickelt. Die Kammer hat sich nicht auf Kosten des Landes bereichert.“

Brigitte Egger-Bargehr,
Rechnungshofdirektorin

voranzutreiben und die Abhängigkeit von der Vieh- und Milchwirtschaft zu verringern, ist sicher sinnvoll.“ Die Umsetzung der Strategie sollte aus Sicht der Rechnungshofdirektorin allerdings ergebnisorientierter und konsequenter erfolgen. Ein bisschen mehr Zielstrebigkeit sei beispielsweise bei den Biobetrieben gefragt. Sollen im Jahr 2020 wirklich 30 Prozent der Vorarlberger Betriebe auf Bio umgestellt haben, müssten die Landwirte langsam in die Gänge kommen. 518 solcher Betriebe (15 Prozent) gebe es derzeit.

Die Zahl habe sich seit dem Beschluss der Strategie nur marginal verändert. „Die Zielsetzung ist ambitioniert, zumal bei der Umstellung auf einen Biobetrieb zwei Jahre Übergangszeit nötig sind.“

Nicht zufrieden war Egger-Bargehr auch mit den Abrechnungsmodalitäten und der Transparenz bei den von der Kammer für das Land erbrachten Leistungen. Im Jahr 2015 wurden knapp 43.000 Arbeitsstunden mit 3,2 Millionen Euro abgegolten. Die Bezahlung nach Arbeitsstunden sei zwar grundsätzlich sinnvoll und üblich. Neben dem Stundensatz (drei verschiedenen) würden aber noch Zuschläge (etwa für IT-Leistungen, Reisekosten und Ähnliches) erhoben. Die Höhe der Zuschlagszahlungen seien zwar vertraglich fixiert, dennoch seien die Anteile des Landes zu hoch, befand Egger-Bargehr.

Was die Abrechnung und die Kontrolle seitens des Landes